

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 207 · 36. Woche · 77. Jahrgang · Leonberg / Strohgäu

Mittwoch, 7. September 2022

www.stn.de · € 2,30 · E 4063

Mordfall Ayleen: 29-Jähriger gesteht die Tat

Vorbestrafter Verdächtiger hat Polizei zum Tatort geführt, wo die Schülerin aus Südbaden umgebracht wurde.

GIESSEN. Der im Mordfall Ayleen festgenommene Tatverdächtige hat die Tötung der 14-Jährigen aus Baden-Württemberg gestanden. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft in Gießen mitteilten, führte der aus Hessen stammende Beschuldigte die Ermittler außerdem zu dem an einem Feldweg im Landkreis Gießen gelegenen Tatort und zu abgelegten Kleidungsstücken des Opfers.

Ayleen war am 21. Juli in Gottenheim (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) verschwunden und gut eine Woche später rund 300 Kilometer entfernt tot in einem See im hessischen Wetteraukreis gefunden worden. Noch am selben Tag nahmen Spezialkräfte der Polizei den damals 29-jährigen vorbestraften Verdächtigen in Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main fest. *AFP*

Kommentar

Getreideabkommen als Vorbild

Der Krieg in der Ukraine tobt um Atomkraftwerke. Es braucht dringend Schutzmaßnahmen vor dem GAU.

VON CHRISTIAN GOTTSCHALK

Atomkraftwerke sind Einrichtungen mit einer ziemlich gefährlichen Ausstrahlung. Das gilt erst recht, wenn sie beschossen werden, und wenn hinter den Technikern, die sie bedienen, Männer mit Gewehren stehen, um die Arbeit zu beaufsichtigen. Das freilich hat man schon gewusst, bevor die Experten der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ihren Bericht zu Saporischschja vorgelegt haben. Doch es ist schlimmer als gedacht. Wenn IAEA-Chef Rafael Grossi nun sagt, die Situation sei unhaltbar, dann ist das eine ernste Warnung. Der Argentinier hat mit dem Iran verhandelt, war in Tschernobyl und jetzt in der Ukraine. Er kennt sich aus.

Die Diskussion darüber, wie viel Saporischschja bei einem Treffer aushalten könnte, welche verschiedenen Szenarien im Falle eines Treffers möglich wären und ob die Auswirkungen schlimmer oder weniger dramatisch wären als in Tschernobyl, ist müßig. Bei unterschiedlichen Eskalationsstufen sind unterschiedliche Folgen denkbar. Wichtig ist es daher, das Kraftwerk – wie auch alle andern Atomkraftwerke des Landes – von den Kämpfen auszunehmen.

So wie es den Kriegsparteien gelungen ist, eine Vereinbarung zum Export von Getreide zu schließen, so müssen die Anstrengungen nun darauf gerichtet werden, ein Abkommen zum Schutz vor dem GAU zu schließen. Das wäre auch im Interesse Russlands. Ob diese Interessen im Kreml eine Rolle spielen, ist leider fraglich.

Wetter



Mittags 26° | Nachts 16°
Überwiegend freundlich,
niederschlagsfrei und warm
Seite 7

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 61 61

Macht Grün-Schwarz eine solide Finanzpolitik?

BaWü-Check Eine neue Umfrage der Südwestverlage belegt: Von einem strikten Sparkurs in Baden-Württemberg wollen die Bürger aktuell nichts wissen. Die Stimmung im Land ist auf einem Tiefstand.

VON BÄRBEL KRAUSS

STUTTGART. Ein halbes Jahr nach Beginn des Krieges in der Ukraine ist die Stimmung in Baden-Württemberg auf einem historischen Tiefpunkt angelangt: Zwei von drei Bürgern sehen den nächsten zwölf Monaten mit Befürchtungen oder mit Skepsis entgegen. Hoffnungsvoll blicken nur noch 21 Prozent in die unmittelbare Zukunft. Das hat die jüngste Ausgabe des BaWü-Checks ergeben.

In der repräsentativen Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat, spiegelt sich, dass große Teile der Bevölkerung seit Beginn der Pandemie mit einer Vielzahl von Krisen in bisher unbekanntem Ausmaß konfrontiert worden sind. Trotzdem wird die Finanzkraft des Landes nach wie vor überwiegend positiv eingeschätzt. Mit 57 Prozent der Befragten stuft fast die Hälfte der Bevölkerung die Finanzlage Baden-Württembergs als gut oder sehr gut ein.

Dabei wollen die Bürger mehrheitlich nichts davon wissen, dass das Land den Gürtel enger schnallen könnte. Nur ein knappes Drittel befürwortet einen strikten Sparkurs. 16 Prozent halten die derzeitigen Sparmaßnahmen für übertrieben. Obwohl die grün-schwarze Landesregierung seit Beginn der Pandemie bereits 15 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen hat, scheinen zusätzliche Kreditaufnahmen bei den Bürgern fast schon eingepreist zu sein: Mit 54 Prozent geht mehr als die Hälfte der Bevölkerung davon aus, dass neue Schulden im Doppelhaushalt 2023/24 unumgänglich sind.

Dass die Ressorts der Landesregierung an die 9000 zusätzliche Beamte einstellen wollen, lehnen ausweislich des BaWü-Checks 47 Prozent der Befragten als übertrieben ab.

Bei der grün-schwarzen Finanzpolitik halten sich zwar Zustimmung (29 Prozent) und Ablehnung (30 Prozent) bei der aktuellen Umfrage ziemlich die Waage. Aber im historischen Vergleich zeigt sich, dass das Haushalts- und Finanzgebaren der Landesregierung heute deutlich kritischer eingestuft wird als 2015. Der damaligen grün-roten Koalition attestierten 47 Prozent eine solide Finanzpolitik. Insgesamt bekommt die Landesregierung in dieser Stimmungslage lediglich mittlere Zensuren für ihre Arbeit. **Leitartikel**



Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) hat mit 3,1 die beste Note im Kabinett erhalten – bekannt ist er aber nur jedem Fünften der Befragten. Foto: Lg/Leif Plechowski, Montage: Maria Pichlmaier

29 Prozent haben den Eindruck, dass die Landesregierung eine solide Finanzpolitik macht – 2015 wurde dies deutlich positiver gesehen.

Piloten der Lufthansa sagen Streik ab

Gewerkschaft und Konzern einigen sich auf einen vorübergehenden Kompromiss – Details noch unklar.

FRANKFURT/MAIN. Fluggäste können aufatmen: Im Tarifstreit bei der Lufthansa ist ein erneuter Streik der Pilotinnen und Piloten doch noch abgewendet worden. Nach Angaben der Gewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) gelang eine Einigung „auf eine Teillösung“. Die angekündigten Arbeitskampfmaßnahmen für diese Woche „werden abge sagt“, hieß es weiter. Zu den Details der gefundenen Einigung äußerten sich zunächst weder die Lufthansa selbst noch VC.

Noch in der Nacht zum Dienstag hatte die Gewerkschaft im laufenden Tarifstreit erneut zum Arbeitskampf aufgerufen – er sollte heute starten und diesmal mehrere Tage gehen. Die Lufthansa-Piloten hatten am Freitag mit einer Streikaktion den Flugbetrieb der Airline weitgehend lahmgelegt. *AFP*

Stuttgarts Lehrer vor Schulstart besorgt

Pädagogen hoffen, dass Corona keine neuen Lücken reißt. Ärger über neues Schulverwaltungsprogramm.

STUTTGART. Was erwartet die Schülerinnen und Schüler im neuen Schuljahr? Manfred Birk, Rektor am Dillmann-Gymnasium in Stuttgart, zeigte sich besorgt angesichts der knappen Personaldecke gerade in den naturwissenschaftlichen Fächern.

Hinzu komme die Entwicklung der Coronlage im Herbst. „Ich hoffe inständig, dass das Land bei seiner Zusage bleibt, die der Bund getroffen hat: nämlich, dass Schulen nicht geschlossen werden“, sagte der kommissarische geschäftsführende Schulleiter der Stuttgarter Gymnasien unserer Zeitung.

Kritisch äußerte er sich zum ASV-BW, einem neuen Verwaltungsprogramm, mit dem etwa neue Stundenpläne gestaltet werden. Stuttgart habe zu spät umgestellt, und die Plattform sei „nicht selbsterklärend“. *ja*

Maskenpflicht in Flugzeugen fällt

BERLIN. Kurz vor der Verabschiedung neuer Coronaregeln für den Herbst hat die Ampel eine Lockerung für Flugreisende auf den Weg gebracht. So soll die Maskenpflicht in den Maschinen fallen. Einen entsprechenden Änderungsantrag beschloss der Gesundheitsausschuss des Bundestags. Damit sollen wieder weitergehende Regeln zu Masken und Tests ab 1. Oktober gelten. Das geänderte Infektionsschutzgesetz soll an diesem Donnerstag beschlossen werden. *dpa*

Porsche-Betriebsrat begrüßt Börsengang

STUTTGART. Der Porsche-Betriebsratschef Harald Buck befürwortet den angekündigten Börsengang der Porsche AG. „Weil er uns eine gewisse Eigenständigkeit zurückgibt“, sagte Buck. Der Börsengang könnte eine Aufbruchstimmung in der Belegschaft erzeugen. Es sei aber auch wichtig, weiter im VW-Konzernverbund zu bleiben, schließlich bestünden gute Kontakte zu den Kollegen in Wolfsburg.

Angesichts ambitionierter Ziele, etwa bei der Umsatzrendite, die laut Porsche langfristig bei mehr als 20 Prozent liegen soll, müsse der Betriebsrat aber auch in der Zukunft auf die Arbeitnehmerinteressen achten. Etwa, wenn es dafür noch schlankere Strukturen brauche. Dafür sei der Betriebsrat stark genug, betonte Buck. *dpa*

IAEA: Situation in Saporischschja „unhaltbar“

UN-Atombehörde fordert ein Ende des Beschusses auf den ukrainischen Atommeiler im Süden des Landes.

KIEW. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) äußert in ihrem Bericht über den Zustand des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja die Sorge vor einem drohenden nuklearen Unfall. Erforderlich seien sofortige Maßnahmen, um dies zu verhindern, inklusive einer Sicherheitszone um das Kraftwerk, heißt es vonseiten der UN-Behörde, die vergangene Woche Experten zu Europas größtem AKW schickte.

Die IAEA-Inspektoren hätten bei ihrem Besuch in dem AKW die Präsenz russischer Militärpersonals sowie Fahrzeuge und Ausrüstung der Streitkräfte festgestellt. Die von russischen Soldaten überwachten ukrainischen Techniker des Kraftwerks seien großem Stress ausgesetzt, der zu menschlichem Versagen führen könne. *rtr*

Kommentar

Habecks AKW-Pläne verärgern die Liberalen

FDP-Fraktionschef bekräftigt Forderung nach längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken. Kanzler Scholz stellt sich hinter den grünen Minister.

BERLIN. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat mit seinem Nein zu einer generellen Laufzeitverlängerung für die drei verbliebenen Atomkraftwerke einen Koalitions-konflikt ausgelöst. Während der Vizekanzler und seine Grünen-Partei nur noch zwei Meiler für wenige Monate als Notfallreserve einsatzbereit halten wollen, bleibt die FDP bei ihrer Forderung nach einem längerfristigen Weiterbetrieb aller Kraftwerke, um die Strompreise zu drücken.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) stellte sich am Dienstag hinter den Vorschlag Habecks, zeigte sich aber auch sicher, dass die Ampel-Koalition sich noch verständigen werde. „Die FDP blickt bekanntlich etwas anders auf die Atomkraft, das ist völlig legitim. Jetzt geht es um die Energieversorgung im Winter, da wird die Regierung sehr einvernehmlich handeln“, sagte Scholz der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Habeck hatte am Montag auf der Grundlage einer Untersuchung zur Stabilität der Stromversorgung (Stresstest) vorgeschlagen, die zwei süddeutschen Kraftwerke für den Fall von Engpässen noch bis Mitte April einsatzbereit zu halten: Isar 2 in Bayern und Neckarwestheim in Baden-Württemberg. Nach dem unter der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beschlossenen Atomausstieg sollten eigentlich alle deutschen Atomkraftwerke zum Jahresende endgültig vom Netz gehen.

Scholz machte sich den Vorschlag Habecks zu eigen. FDP-Vertreter plädieren dagegen für einen Weiterbetrieb aller drei Kraftwerke. Es wäre richtig, die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen, „damit mehr Menge in den Markt kommt, mehr Menge bedeutet sinkende Preise“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr im ZDF. *dpa*

